

**836/J XXVI. GP**

**Eingelangt am 16.05.2018**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

**der Abgeordneten Christian Kovacevic,  
Genossinnen und Genossen  
an den Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz  
betreffend Dienstwagen der Bundesregierung**

Bekanntlich orteten Bundeskanzler und Vizekanzler in einer gemeinsamen Pressekonferenz vom 24.04. „zahlreiche Privilegien“ bei Sozialversicherungsträgern. So übten sie u.a. Kritik an der Anzahl von 160 Dienstwagen und an der Existenz von 1000 FunktionärlInnen. Diese Kritik wurde bereits vom Hauptverband durch die Bekanntgabe der tatsächlich weitestgehend äußerst geringen Funktionsgebühren entkräftet. So erhalten die meisten der Funktionäre in Wahrheit lediglich ein Sitzungsgeld von 42 Euro. Ebenso wurde klargestellt, dass es sich bei den erwähnten 160 Dienstwagen im überwiegenden Ausmaß nicht um Dienstwagen für SpitzenfunktionärlInnen handelt. Der Großteil der Fahrzeuge sind demnach Transportfahrzeuge, Autos für Beitragsprüfer, Gesundheitsdienstleister und für Krankenbesuche.

Festzuhalten ist, dass die Herren Bundeskanzler und Vizekanzler einerseits behaupten, dass Sozialversicherungsträger Steuergeld nicht im Sinne des wirtschaftlichen Gebots der Zweckmäßigkeit verwendeten, andererseits sich allein deren persönliche Budgets um 66 Millionen Euro erhöhen, mit der Installierung von GeneralsekretärlInnen in allen Ministerien eine neue und extrem teure Ebene von SpitzenverdienerInnen zulegen und den Apparat von PR-BeraterInnen und MitarbeiterInnen exorbitant aufblähen.

Insbesondere ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit den Mitteln der SteuerzahlerInnen, allen voran mit jenen, die vorwiegend der Repräsentanz und dem Stilempfinden der staatlichen Organe Rechnung tragen soll, einzumahnen.

Übt die Bundesregierung Kritik an der Anzahl der Dienstwagen der Sozialversicherungsträger, so ist für die Öffentlichkeit durchaus auch die Ausstattung des Fuhrparks in den jeweiligen Ressorts von Interesse.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz nachstehende

## Anfrage

1. Aus wie vielen Fahrzeugen besteht der aktuelle Fuhrpark der Zentralstelle im Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz mit Stand 01. Mai 2018? (Ersuche um Anführung der entsprechenden Automarke(n) und Modellbezeichnungen)
2. Wann wurden diese unter 1. genannten Fahrzeuge jeweils angeschafft?
3. Wie hoch waren die ursprünglichen (tatsächlichen) Anschaffungskosten für die unter 1. genannten Fahrzeuge?
4. Besitzen die unter 1. genannten Fahrzeuge eine Sonderausstattung (zB. Hi-Fi-Anlagen, Fernseher, Cockpitverkleidung aus Holz, etc. - jeweils Angabe mit Art und Kosten der Sonderausstattung)?
5. Welche Begründung lag für die Anschaffung der unter 1. genannten Fahrzeuge jeweils vor?
6. Welcher Personenkreis ist für die Benützung dieser unter 1. genannten Fahrzeuge jeweils autorisiert (zB. Bundesminister, Kabinettsmitarbeiter, Beamte)?
7. Wie viele Kraftfahrer hält das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz im Personalstand?
8. Welche Dienstkraftwagen (Marke) stehen dem Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz zu Verfügung?
9. Wie hoch waren die Anschaffungskosten der unter 8. genannten Dienstkraftwagen?
10. Sind die unter 8. genannten Dienstkraftwagen versichert? Bei welchem Versicherungsunternehmen sind diese versichert und wie hoch ist die jährliche durch das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz zu tragende Versicherungssumme?
11. Stehen diese Dienstkraftwagen für private Nutzung des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, eines anderen Regierungsmitgliedes oder Staatssekretärs bzw. Staatssekretärin zur Verfügung?
12. Gibt es innerhalb des Bundesministeriums für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz Regeln für die private Nutzung von Dienstwagen?
13. Wenn ja zu 12.: Welche exakt und für welchen Personenkreis?
14. Welche Privatfahrten (In- und Ausland) hat der Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, beziehungsweise ein weiteres Regierungsmitglied mit einem Dienstwagen des Bundesministeriums für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz im Zeitraum vom 18.12.2017

und 30.04.2018 absolviert? (Ersuche um Anführung der jeweiligen Reise und die Dauer der Beanspruchung)

15. Hat der Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz für diese unter 14. genannten Fahrten auch einen Kraftfahrer des Bundesministeriums für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz in Anspruch genommen?
16. Wenn ja zu 15.: Wann, für welche Reise und für welchen Zeitraum?
17. Wie viele Kilometer wurden die unter 1. genannten Dienstkraftwagen im Zeitraum vom 18.12.2017 bis 30.04.2018 jeweils gefahren?
18. Wie viele Kilometer wurden die unter 8. genannten Dienstkraftwagen im Zeitraum vom 18.12.2017 bis 30.04.2018 jeweils gefahren?
19. Wie hoch waren jeweils die Erhaltungs- und Treibstoffkosten für die unter 1. genannten Dienstkraftwagen im Zeitraum vom 18.12.2017 bis 30.04.2018?
20. Wie hoch waren jeweils die Erhaltungs- und Treibstoffkosten für die unter 8. genannten Dienstkraftwagen im Zeitraum vom 18.12.2017 bis 30.04.2018?
21. Plant das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz weitere Fahrzeugankäufe im Jahr 2018 und folgende?
22. Wenn ja zu 21.: Welche Fahrzeuge zu welchem Preis, wann und mit welcher Begründung?
23. Waren die unter 1. und 8. genannten Fahrzeuge im Zeitraum vom 18.12.2017 bis 30.04.2018 in Straßenverkehrsunfälle verwickelt?
24. Wenn ja zu 23.: Wann und mit welchem Schaden und wie hoch waren die Kosten der Schadensfälle?
25. Hat das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz im Zeitraum vom 18.12.2017 bis 30.04.2018 für allfällige Strafmandate (Verstöße gegen die StVO, Parkraumstrafen, etc.) zu tragen gehabt?
26. Wenn ja zu 25.: Aus welchem Anlassfall, wie hoch waren diese jeweils und mit welcher Begründung wurden diese durch das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz über eine allfällige Amtspauschale des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz bezahlt?